

Torsten Bölting

Schriftliche Anhörung zur Enquetekommission IV – Themenfeld „Stadtentwicklung und Einsamkeit“

Freitag, 18. Dezember 2020

Themen der sozialen Segregation

- 1 Wie kann Städtebau Einfluss auf die Verbreitung sozialer Segregation ausüben? Wie kann die „Stadt der Zukunft“ ihr entgegenwirken?

Die „soziale Segregation“ oder auch „sozialräumliche Segregation“ als Prozess der räumlichen Konzentration (und Dekonzentration) bzw. ungleicher Verteilung von bestimmten Bevölkerungsgruppen innerhalb des Raumes bzw. der Quartiere einer Stadt wird seit etwa zwanzig Jahren in der Stadtsoziologie verstärkt diskutiert. Als Ursache gelten sich neu herausbildende oder verstärkende Ungleichheitsstrukturen in der Stadt, die in den Prozess der Ausgrenzung einzelner Gruppen münden.¹ Dieser Ausgrenzungsprozess kann über mehrere Stufen dazu führen, dass innerhalb der Städte in sich geschlossene Milieus entstehen, deren Verbindung in die übrige Gesellschaft abbricht.² Diese Situation wird als höchst problematisch wahrgenommen, nicht nur (was schlimm genug wäre), weil sich durch diese Segregation – also die Konzentration marginalisierter und diskriminierter Haushalte – deren Probleme weiter verschärfen. Hinzu kommt bei ihnen eine wachsende Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem eigenen Milieu wie auch der übrigen Gesellschaft.³ Neben dieser unfreiwilligen Segregation, die durch Ausgrenzung hervorgerufen wird, existiert auch eine freiwillige Segregation insbesondere der ökonomisch leistungsfähigen Haushalte.⁴ Angesichts der unproblematischen sozialen Lage dieser Haushalte setzt die übliche Politik zur Bekämpfung oder Vermeidung von Segregation zumeist nicht in deren Vierteln an, was allerdings mit Blick auf die Dimension „Einsamkeit“ durchaus hinterfragt werden kann, wenn auch diese Milieus davon betroffen sind.

Aus der Erkenntnis über die räumliche Konzentration marginalisierter Haushalte leitet sich das Ziel der „Sozialen Mischung“ ab. Es wird angenommen, dass die Mischung von Bevölkerungsgruppen im Wohnquartier eine wichtige Voraussetzung für die Integration von Minderheiten in die Mehrheitsgesellschaft ist – u. a., weil erst der regelmäßige Kontakt mit Fremden dazu führen kann, dem Fremden insgesamt positiver gegenüberzustehen. Demgegenüber äußern Kritiker der Mischung, dass z.B. das

¹ Vgl. u.a. Friedrichs (1995)

² Vgl. Kronauer (2010): 205ff

³ Vgl. Häußermann (2008): 337

⁴ Vgl. Friedrichs (1995) und Häußermann (2008): 336

Ankommen in einer fremden Gesellschaft durch die Nähe zu anderen Menschen gleicher Herkunft oder Situation erleichtert würde. Diese Diskussion ist beinahe so alt wie die Diskussion um die Segregation selbst.⁵ Das Ziel „stabiler Bewohnerstrukturen“ findet sich auch im Baugesetzbuch (§ 1 Abs. (6) S. 2 BauGB). Allerdings Battis et al. zufolge nicht als Verpflichtung zu einer sozialen, ethischen oder altersmäßigen „Durchmischung“, sondern mit dem Ziel der „selbst tragenden Sozialstruktur“.⁶ Battis et al. leiten hieraus die Möglichkeit (wenn schon nicht die Pflicht) der Bauleitplanung ab, durch städtebauliche Maßnahmen Einfluss auf die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu nehmen. Im Zuge dessen wird im Übrigen auf die Instrumente im besonderen Städtebaurecht verwiesen (z.B. Erhaltungssatzung nach § 172 Abs. (1) des Baugesetzbuchs).

Hier wird ein Zusammenhang zwischen der städtebaulichen Situation bzw. Maßnahmen zu deren Veränderung und der sozialräumlichen Segregation identifiziert. Als besonders anfällige Gebiete für die räumliche Segregation der marginalisierten Haushalte gelten neben Großwohnsiedlungen der 1960er- und 1970er-Jahre innerstädtische Altbauquartiere, die bislang keine umfassende Erneuerung des Wohnungs- bzw. Gebäudebestands erfahren haben.⁷ Abgesehen von der hohen Dichte und der teilweise vernachlässigten Bausubstanz sind diese Typologien ziemlich unterschiedlich. Als segregationsbegünstigend gilt aber die hohe Konzentration billiger (und meist qualitativ schlechter) Wohnungen, da diese durch statushöhere Gruppen gemieden (oder, im Falle von Gentrifizierung, aufgewertet) werden. Auch die hohe Konzentration von Wohnungen mit Belegungsrechten wird als kritisch gesehen, insbesondere dann, wenn eine unsensible Belegungspolitik Segregation verstärkt.⁸

Demnach gilt die **Aufwertung von Wohnungsbeständen** als Instrument zur Vermeidung oder Verringerung sozialer Segregation in benachteiligten Gebieten. Gemeinsam mit sozialen Maßnahmen, die der Stabilisierung und Unterstützung sozialer Strukturen in den Quartieren dienen, ist sie wesentliches Instrument der behutsamen Stadterneuerung. Dies ist auch als Lehre aus dem Ansatz der Flächensanierung zu verstehen, die im Übrigen durch die gewaltsame Schaffung neuer Wohnqualitäten Segregation eher fördert, als verhindert.⁹ Ähnlich problematisch wird auch die Aufwertung von Wohnungsbeständen betrachtet, wenn sie als Folge von Gentrifizierung zu einer Vertreibung etablierter Bevölkerungsgruppen durch statushöhere Gruppen stattfindet. Entsprechende Aufwertungsprozesse insbesondere von Altbauquartieren (s.o.) sind umfassend beschrieben und analysiert.¹⁰

⁵ Vgl. u.a. Spiegel (2001): 75-80

⁶ Battis, Krautzberger, Löhr (2019): Rn. 55

⁷ Vgl. Spiegel (2001): 77

⁸ Vgl. Spiegel (2001): 79

⁹ Vgl. Zöpel (2011): 15f

¹⁰ Vgl. z.B. Friedrichs (1998): 57– 66.

Die Netzwerkforschung im Kontext von sozialer Segregation im Sozialraum setzen darauf, dass durch die **Stärkung von Netzwerken** (insbesondere heterogen strukturierten Netzwerken mit statusunterschiedlichen Mitgliedern) Möglichkeiten entstehen, Inklusion zu fördern (und Segregation zu vermeiden).¹¹ Dabei zielt dieser Ansatz weniger darauf, die Segregation durch eine Veränderung der räumlichen Mobilitätsmuster der segregierten Bevölkerung zu vermeiden, sondern setzt auf die Bekämpfung der Ursachen von Segregation, nämlich der wachsenden Ungleichheit.

Entsprechend haben Häußermann et al. 2010 auf weitere Aspekte der Wohnumgebung hingewiesen, die für die Stärkung von Inklusion (und die Verhinderung von Segregation) von Bedeutung sind. Neben den bereits genannten Netzwerkansätzen und den Möglichkeiten der Partizipation heben sie die Bedeutung der **infrastrukturellen Ausstattung der Quartiere** (z.B. mit Einrichtungen des Bildungswesens, des Gesundheitssystems, Sport- und Freizeiteinrichtungen) hervor. Außerdem weisen Sie auf die Qualitäten **„physischer Eigenschaften“ des Quartiers**, der baulichen Anlagen, Verkehrsbeziehungen und Umweltbelastungen hin und erläutern, dass die **Wohnumgebung** selbst allein durch ihre Gestalt Normen setzen und soziale Kontrolle ausüben kann.¹²

Für die Frage nach der „Stadt der Zukunft“ bzw. deren Rolle in Bezug auf die Vermeidung von Segregation wäre zunächst zu klären, was die „Stadt der Zukunft“ ist und dann zu untersuchen, welche Wirkungen sie auf die Segregation hätte. Das ist ex-ante empirisch nicht leistbar. Allerdings wird deutlich, dass die Stadt der Zukunft offenbar entsprechende Möglichkeiten, wie Häußermann et al. und Farwick et al. sie dargestellt haben, bietet – d.h. die Stadt der Zukunft vermeidet bestenfalls Segregation, indem sie die Ursachen bekämpft, die in der Ungleichheit von Bevölkerungsgruppen liegen. Damit wäre eine *inklusive* Stadt der Zukunft die beste Voraussetzung für eine nicht-segregierte Stadt.

Bezogen auf städtebauliche Leitbilder und Maßnahmen kommt das Modell der gemischten „europäischen Stadt“ diesem Ziel sehr nahe. Stadtplanung und Stadtgestaltung sowie Wohnungspolitik müsste also beispielsweise dafür sorgen, dass...

- es bestenfalls in allen Teilen der Stadt Wohnmöglichkeiten für unterschiedliche Lebensstile sowie Haushalte mit unterschiedlichen ökonomischen Möglichkeiten gibt,
- gleichzeitig infrastrukturelle Angebote über das Stadtgebiet verteilt und/oder verkehrlich gut angebunden sind (auch als Voraussetzung für den voranstehenden Aspekt),
- der öffentliche Raum diskriminierungsfrei gestaltet ist, d.h. er Menschen unterschiedlicher Herkunft, Status oder Lebensstil Möglichkeiten zu Aneignung und Austausch bietet,

¹¹ Farwick et al. (2019): 7f

¹² Häußermann et al. (2010)

- Gestaltqualität als Bekenntnis zum Standort auch in solchen Lagen gefordert und ggf. gefördert wird, wo die ökonomischen Perspektiven von Projektentwicklungen begrenzt sind.

Hinweise darauf, dass solche „städtebaulichen“ Maßnahmen, die auf die Sicherung der Nähe zu Infrastrukturen oder die Schaffung von Kontaktmöglichkeiten zu Nachbarn und anderen Personen abzielen, lassen sich auch aus den Analysen von Buecker et al. ableiten.¹³

2 Wie gestalten sich Zusammenhänge von Einsamkeit und anderen sozialen Herausforderungen sowie möglichen multiplen Problemlagen?

Einsamkeit wird bislang weniger als räumliches Phänomen wahrgenommen. Wenn überhaupt, findet (auch wegen der mangelnden Verfügbarkeit anderer Daten) eine Projektion auf den regionalen Kontext statt. Gleichzeitig wird Einsamkeit mit anderen Faktoren, wie etwa dem Alter, dem Migrationshintergrund oder Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht.¹⁴ Allerdings sind diese Faktoren durch eine sozialräumliche Segregation kleinräumig unterschiedlich stark ausgeprägt. Dies haben z.B. die Arbeiten am ZEFIR¹⁵ zur kleinräumigen Segregation im Emscherraum¹⁶ umfassend gezeigt, lässt sich aber auch aus vielen weiteren Sozialraumanalysen oder kommunalen Sozialberichten plakativ ablesen. Auch Analysen zur kleinräumigen Verteilung von Lebensstilen bzw. Milieus erkennen hier „Häufungen“. Hinzu kommen die Hinweise darauf, dass z.B. die Nähe zu Infrastrukturangeboten sowie der Kontakt zu Nachbarn Gunstfaktoren für die Vermeidung von Einsamkeit sein könnten (s.o.). Eine empirische Evidenz der kleinräumigen Verteilung von Einsamkeit in der Bevölkerung steht allerdings derzeit noch aus. Ebenfalls ist aktuell nicht empirisch belegt, dass Einsamkeit innerhalb bestimmter Lebensstile bzw. Milieus gehäuft vorkommt, auch wenn deren kleinräumige Häufung belegt ist. Da auch in die Herausbildung dieser Lebensstile üblicherweise soziodemografische und sozioökonomische Faktoren mit einfließen, ist es möglich, dass Einsamkeit jedenfalls innerhalb bestimmter Teilgruppen in den Lebensstilen unterschiedlich stark vorkommt.¹⁷ Entsprechende Erkenntnisse wären wichtig, um geeignete Möglichkeiten der Ansprache und Aktivierung unterschiedlicher von Einsamkeit ggf. betroffener Gruppen innerhalb der Bevölkerung zu identifizieren.

¹³ Vgl. Buecker et al. (2020): 5

¹⁴ Vgl. Buecker et al. (2020): 5f

¹⁵ Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum

¹⁶ Vgl. Farwick et al. (2015): 93ff

¹⁷ Überblick zu Lebensstilen: Bölting, T.; Eisele, B. (2020):

- 3 Wie können Menschen für Stadtentwicklungsprozesse, beispielsweise auch in der Quartiersentwicklung, erreicht werden? Welcher Instrumente bedarf es, um Menschen, insbesondere sozial isolierte Menschen, zu beteiligen? Wie kann Städtebau freiwilliges Engagement fördern?

Die Möglichkeiten, Menschen in Stadtentwicklungsprozesse zu integrieren, sind im Rahmen der Partizipationsforschung umfassend erörtert. Selle (2018) weist zudem zutreffend darauf hin, dass neben zahlreichen mehr oder weniger institutionalisierten Akteuren (Bauträger, Eigentümer, Kommune,...) auch die Bürgerinnen und Bürger auf vielerlei Weise Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen können – nicht nur „direkt“ durch klassische Bürgerbeteiligungsverfahren, sondern auch z.B. durch das eigene Kaufverhalten oder durch die konkrete Ausprägung der eigenen Wohnungsnachfrage.¹⁸ Partizipation insgesamt verfolgt unterschiedliche Zwecke; im Kontext der (Stadt- bzw. Stadtteil- oder Stadtentwicklungs-) Planung wird in der Regel dadurch versucht, Planungsergebnisse und -prozesse zu optimieren sowie eine bedarfsgerechte Planung sicherzustellen.¹⁹ In den vergangenen Jahren ist eine umfassende Methodenvielfalt entstanden, die in unterschiedlichen „Werkzeugkästen“ verschiedentlich dargestellt wurde. Beispielhaft sei hier auf das (ehem.) Angebot des Landes NRW zur „altengerechten Quartiersentwicklung“ verwiesen, wo u.a. auch besondere Partizipationsinstrumente dargestellt wurden.²⁰ Darüber hinaus gibt es auch Handbücher, die Instrumente für Partizipation zusammenstellen. Hier sei stellvertretend für andere auf das Handbuch des Landes Berlin verwiesen, das einerseits in einem umfangreichen „Fahrplan“ darstellt, wie Partizipation insgesamt organisiert werden kann, und auch anhand konkreter Beispiele Anregungen zur Methodenwahl bietet.²¹ Ein anderes, recht umfangreiches, Online-Beispiel stellt das österreichische Web-Angebot www.partizipation.at dar, das geeignete Methoden u.a. für verschiedene Gruppengrößen aber auch für verschiedene Partizipationsanlässe darstellt.²²

Partizipationsansätze, die speziell zur Bekämpfung von „Einsamkeit“ im Kontext der Stadtentwicklung entwickelt oder eingesetzt wurden, sind bislang nicht hinreichend untersucht. Allerdings ist anerkannt, dass nicht alle Gruppen und Lebensstile in gleicher Weise offen und erreichbar für partizipative Prozesse sind. Beispielsweise ließ sich in Bezug auf vorhandene Lebensstilkonzepte auswerten, dass statusniedrige Milieus tendenziell eher davon ausgehen, dass sich ohnehin niemand für ihre Anliegen interessiere.²³ Diese „Frustration“ Dem Themenfeld recht nahe kommen ggf. Methoden, wie

¹⁸ Vgl. Selle, (2018)

¹⁹ Vgl. Klöti, Drilling, M. (2014): 19f

²⁰ Das Angebot ist momentan noch verfügbar unter www.aq-nrw.de – die „Partizipations-Module“ finden sich unter <https://www.aq-nrw.de/quartier-gestalten/modulbaukasten/partizipationsmodule/>

²¹ Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin / L.IS.T. Stadtentwicklung (2011)

²² Das Angebot wird vom österreichischen Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie vorgehalten.

²³ Vgl. Kuder (2016)

sie im Kontext der „gesundheitsfördernden Stadtentwicklung“ eingesetzt werden. Quilling und Köckler (2018) weisen in Ihrer Arbeit nicht nur mit Verweis auf die WHO darauf hin, welche Bedeutung Partizipation und Teilhabe als solche selbst für das Wohlbefinden (well-being) von Menschen sowie die Akzeptanz der entsprechend entwickelten Projekte haben. Darüber hinaus benennen die Autor/innen einige Voraussetzungen für Partizipation in diesem Feld, so z.B. die Förderung von Interdisziplinarität (z.B. zwischen den Politikfeldern Gesundheit und Stadtentwicklung).²⁴ Daneben gibt es durchaus partizipative Ansätze, die gezielt auf „ältere“ Menschen ausgerichtet sind. Setzt man voraus, dass diese Gruppe (ggf. neben anderen) in besonderer Weise von Einsamkeit betroffen sein könnten, sind hier ggf. geeignete Partizipationskonzepte zu entlehnen bzw. abzuwandeln. Olbermann und Bertermann nennen hier u.a. unter Rückgriff auf Naegele das Konzept des „active ageing“ als geeigneten Ansatz. Gleichzeitig verweisen Sie jedoch auch auf den bestehenden Forschungsbedarf hin, wie in erheblichem Umfang von Isolation betroffenen Teilgruppen z.B. älterer Menschen mit Behinderung oder Mobilitätseinschränkungen hin adäquat beteiligt werden könnten.²⁵ In der Praxis der Bürgerbeteiligung wird häufiger die Frage gestellt, wie man „die Unerreichbaren erreichen könne.“ Als Lösungsansatz hierfür gelten bislang aufsuchende Beteiligungsformate, die dabei helfen, die Barriere der „aktiven Teilnahme“ zu überwinden. Hierzu sind neben (anonymen) Befragungen auch Begehungen oder Nachbarschaftstreffs usw. sowie Interviews mit (zufällig) ausgewählten Bürger/innen geeignet.²⁶ Insbesondere bei den Methoden, die dennoch ein Verlassen der eigenen Häuslichkeit erfordern, muss jedoch bezweifelt werden, ob hier aufgrund der selbstverstärkenden Tendenzen der Einsamkeit wirklich von Einsamkeit bedrohte Personen erreicht werden können.

Eine Perspektive stellen ggf. Online-Beteiligungsformate dar, die seit einigen Jahren verstärkt erprobt werden. Auch hier gibt es mittlerweile einen breiten Methodenfundus, der daraufhin zu untersuchen wäre, ob er ggf. geeignet erscheint, Personen in der Einsamkeit zu erreichen und zu beteiligen.²⁷

Voraussetzung dafür, dies umzusetzen, wäre eine empirische Identifizierung von kleinräumiger Einsamkeit bzw. von Personen / Haushalten, die von Einsamkeit betroffen sind oder waren.

²⁴ Quilling, Köckler (2018): 102, 106, 114

²⁵ Vgl. Olbermann, Bertermann (2011): 14

²⁶ Vgl. Allianz Vielfältige Demokratie / Bertelsmann-Stiftung (2017): 19ff

²⁷ Hinweise zu entsprechenden Methoden u.a. bei Weiß et. al. (2017) sowie BBSR (Hrsg.) 2018

Quartiersansätze

- 4 Welchen Einfluss können multifunktionale Orte, Begegnungsstätten wie Jugendeinrichtungen und Bibliotheken und Shared Spaces auf die Reduktion von Einsamkeit haben? Wie sollten diese ausgestaltet sein? Wie können solche Orte genutzt werden, um Kooperationen z.B. zwischen Pflegeeinrichtungen und Schulen/KiTas zu stärken?

Wie bereits dargelegt wurde (s. Nr. 1, Nr. 3) wird der Möglichkeit zum Kontakt innerhalb von (heterogenen) Netzwerken große Bedeutung beigemessen, um Segregation zu vermeiden bzw. Integration zu stärken. Ebenfalls haben empirische Untersuchungen herausgestellt, dass regelmäßige Kontakte bzw. die räumliche Nähe zu anderen Personen z.B. in der Nachbarschaft Gunstfaktoren in Bezug auf das Ausbleiben von Einsamkeit darstellen.

Als geeignetes bauliches bzw. infrastrukturelles Instrument zur Unterstützung der Kontaktaufnahme bzw. Kontaktpflege innerhalb des Wohnumfeldes gelten gemeinschaftlich nutzbare Räumlichkeiten und Orte im Quartier. Dies wird u.a. deutlich an der Bedeutung von „Gruppenwohnungen“ bzw. gemeinschaftlichen Wohnformen bzgl. der Vermeidung von Alterseinsamkeit.²⁸ Hier hat insbesondere der Gemeinschaftsraum Bedeutung für das gemeinschaftliche Leben im Projekt. Dass diese Räume auch für gemeinschaftliche Wohnprojekte umgebende Quartiere (die „Nachbarschaft“) von Bedeutung sein könnten, wird ebenfalls antizipiert. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Bedeutung von „shared spaces“ – also Orten, die durch unterschiedliche Nutzungen bespielt werden können – hingewiesen. Hierdurch lassen sich einerseits Kosten bei Projektentwicklungen sparen und gleichzeitig Effekte erzielen, durch die eine Entstehung von Netzwerken begünstigt wird.²⁹

Empirische Evidenz dazu, ob solche Räume tatsächlich Einsamkeit verhindern oder verringern können, liegt noch nicht vor. Hierzu wäre es erforderlich, Einsamkeit auch kleinräumig zu identifizieren und zu verorten. Das Teilen solcher Räumlichkeiten erfordert funktionierender Betreibermodelle und/oder verlässlicher Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteuren im Quartier. Regelmäßig stellt sich in der Praxis dann die Frage nach dem Organisationsmodell für den Gemeinschaftsraum.

²⁸ Vgl. MBWSV.NRW (2012): 10; Witthaus et al. (2008): 65

²⁹ Vgl. Bölting, et al. (2014): 79

- 5 Welche Beispiele und Konzepte für gelungene Quartiersentwicklung bezogen auf soziale Integration und als Maßnahme gegen Einsamkeit und soziale Isolation gibt es? Wie können diese bekannten Konzepte auf weitere Städte erfolgsversprechend übertragen werden? Wie können marginalisierte Gruppen, wie Wohnungslose, einbezogen werden?

Die Beispiele für „gelungene“ Quartiersentwicklung sind derart vielfältig, dass sie hier kaum vollständig wiedergegeben können. Zahlreiche gute Beispiele sind im Rahmen von Städtebauförderprogrammen umgesetzt worden; besonders gelungene werden hier auch regelmäßig ausgezeichnet. Zuletzt (2019) wurde z.B. das Bremerhavener Beispiel Soziale Stadt Wulsdorf mit dem „Preis Soziale Stadt“ ausgezeichnet, wo es u.a. durch ein tragfähiges Netzwerk und einen besonders partizipativen Charakter gelungen ist, die Abwärtsspirale des Stadtteils aufzuhalten und umzukehren.³⁰ Aber auch auf den Shortlists sowie bei den Preisträgern vorheriger Durchläufe finden sich gelungene Beispiele. Unter anderem zeigt sich bei vielen dieser Beispiele auch das hohe Engagement von Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften. Besonders verwiesen sei hier auch auf die Bedeutung „neuer Genossenschaften“, wie z.B. der wagnis eG in München (Preisträger 2016 mit dem Projekt „wagnis-ART“ im DomagkPark in München). Ein anderes gelungenes Beispiel ist das Projekt der „Stadtteilgenossenschaft Halle Neustadt.“ (Preisträger 2014). Dort haben verschiedene Akteure (z.B. Wohnungswirtschaft, soziale Träger) aber auch engagierte Einzelpersonen eine Genossenschaft gegründet, die dann u.a. Begegnungsräume und Treffpunkte, Stadtteilzeitungen und andere Angebote vorhalten konnte. Das wirkt sich positiv auch auf die soziale Integration aus. Ebenfalls zeigte sich dort die Bedeutung der Kombination von Förderung / Fördermittel und lokalem Engagement. Neben den Städtebaufördermitteln, mit deren Hilfe die Stadterneuerung „in Gang“ gekommen war, wurden für das genannte Projekt ESF-Mittel (BIWAQ) erfolgreich eingesetzt.

Auch aus der Wohnungsbauförderung lassen sich wertvolle Impulse setzen, u.a. durch die Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte und/oder von Gemeinschaftsräumen (im Quartier). Einige Beispiele liefert dazu u.a. die Veröffentlichung des zuständigen Landesministeriums NRW von 2014.³¹

Besondere Erwähnung finden sollten auch die Projekte, die im Rahmen des Programms „Anlaufstellen für ältere Menschen im Quartier“ (gefördert durch das BMFSFJ) umgesetzt wurden. In zwei Förderschienen, einmal eher (städte-)baulich und einmal baulich-investiv, wurden hier zahlreiche Projekte umgesetzt, die darauf abzielten, älteren Menschen eine Kontaktstelle und Anlaufstelle im Quartier zu ermöglichen (vgl. Frage 6).

³⁰ Die Dokumentationen zu allen Preisträgern der vergangenen Jahre finden sich auf der Seite <https://www.preis-soziale-stadt.de/>, die vom vhw gehostet wird.

³¹ Bölting et al. 2014, herausgegeben vom MBWSV.NRW

6 In welchem Zusammenhang steht die Barrierefreiheit mit sozialer Isolation? Wie kann eine barrierefreie Stadt aussehen und welchen Beitrag kann sie zur Verringerung von Einsamkeit haben.

Schon in den 1990er-Jahren ist dargelegt worden, dass ältere Menschen den großen Teil ihrer Zeit in der eigenen Wohnung verbringen und wenn sie sich außerhalb dieser aufhalten, dann meist im direkten Wohnumfeld.³² Der Anteil der außerhalb der Wohnung verbrachten Zeit sinkt zudem weiter, je älter die Personen werden. Ältere Menschen in Städten, also infrastrukturell besser ausgestatteten Wohnorten, sind häufiger außerhalb der Wohnung als gleichaltrige Personen auf dem Land.³³ Entsprechende Angaben bestätigten sich im Prinzip in späteren Zeitbudget-Studien. Begründet wird diese Zeitverwendung zunächst damit, dass ältere Menschen tendenziell weniger außerhäusigen Verpflichtungen nachkommen müssen (z.B. Arbeit). Es gibt also weniger Anlässe, das Haus zu verlassen.

Setzt man voraus, dass der Kontakt zu anderen Menschen eine wesentliche Voraussetzung zur Vermeidung von Einsamkeit ist, ist es wichtig, dass auch Ältere Gelegenheit haben, Kontakte herzustellen. Das wird in der eigenen Wohnung jenseits von bereits bekannten Personen nicht möglich sein, weshalb es wichtig ist, Orte der Freizeitgestaltung etc. erreichen zu können. Hierfür ist ein geeignetes Mobilitätsangebot wichtig.³⁴ Außerdem ist die barrierefreie Erreichbarkeit der wohnortnahen Kontakt-Orte oder Mobilitätsangebote von Bedeutung. Hieraus leiten sich Maßnahmen zum Rückbau von Barrieren in den Wohnungen und/oder im Wohnumfeld ab. Teilweise lassen sich entsprechende Maßnahmen auch kombinieren. So hat die Wohnraumförderung NRW schon seit längerem auch den Abbau von Barrieren im Wohnumfeld (mit-) gefördert, wenn dies im Rahmen der Wohnumfeldgestaltung von Freiflächen, die geförderten Wohnungen zugeordnet werden können, geschah.

Die positive Wirkung sowohl nicht-baulicher als auch baulich-intensiver Ansätze zur Schaffung von „Anlaufstellen“ für ältere Menschen wurde im Rahmen des gleichnamigen BMFSFJ-Förderprogramms durch zwei Studien zur Tiefenanalyse ausgewählter Projekte herausgearbeitet.³⁵

³² Vgl. etwa Saup (1993)

³³ Vgl. Engstler et. al. S. 236f. Der Unterschied zwischen Stadt und Land kann auch durch andere Faktoren, z.B. die Größe der Wohnung, begründet werden.

³⁴ Vgl. Engstler et al. S. 236

³⁵ Vgl. Färber et al. (2016) und Bölting et al. (2016)

- 7 Welche Ansätze können urbane Strukturen verfolgen, um in bereits bestehenden Strukturen und erschlossenen Gebieten gegen Einsamkeit zu agieren? Welche Best-Practice Beispiele gibt es, in denen bereits bestehende Strukturen umkonzeptioniert wurden, um das nachbarschaftliche Leben lebenswerter zu machen?

Hier bieten sich insbesondere die Umgestaltung öffentlicher Räume unter Nutzung umfassender Beteiligungsmöglichkeiten an. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass öffentliche (und halb-öffentliche) Räume vielfältig nutzbar sind und Anreize zur Nutzung für viele Zielgruppen bieten. Hierzu gibt es Planungsleitfäden o.Ä., die meist aus der Perspektive der Barrierefreiheit auf eine diskriminierungsfreie Freiraumplanung abzielen.³⁶ Solche Leitfäden haben zum Ziel, entsprechend nutzbare Flächen möglichst im Bereich der gesamten Stadt zu qualifizieren. Erst Anfang 2018 hat der Gemeinderat der Stadt Wien ein umfangreiches „Fachkonzept öffentlicher Raum“ beschlossen. Darin werden zahlreiche Handlungsansätze u.a. für die Schaffung lebendiger, weltoffener, sozial gerechter Freiflächen zusammengefasst. Wichtige Ziele sind auch die Aktivierung und Beteiligung der Menschen an der Gestaltung „ihrer“ Räume sowie die Schnittstellen zum Klimaschutz und anderen Zielen der Stadtentwicklung.³⁷ Darüber hinaus gibt es eine unübersehbare Anzahl von Planungsbeispielen aus der neueren Zeit – u.a. auch im Kontext vieler Stadtumbau- und Soziale-Stadt-Projekte. Ebenfalls gibt es einige gemeinschaftliche Wohnformen, die großen Wert auf die Gestaltung der (teils halböffentlichen) Außenanlagen gelegt haben. Siehe. hierzu die bereits benannte Veröffentlichung des MHKBG.

- 8 Welchen Einfluss haben neue Wohn- und Gemeinschaftsformen auf das Einsamkeitsempfinden von Menschen? Wie beeinflussen neue Wohnformen und Wohnkonzepte das Einsamkeitsempfinden? Wie sind Initiativen wie Mehrgenerationenhäuser oder Dörfer für Hochbetagte, die es z. B. vermehrt in den Niederlanden gibt, zu bewerten? Wie sieht deren Umsetzung in Deutschland aus?

Der Einfluss solcher Wohnprojekte wird allgemein positiv angenommen, wenngleich hierzu keine umfassenden empirischen Erkenntnisse vorliegen. Einige Hinweise liefern Scherzer (2014), die auf die Möglichkeiten des „Generationendialogs“ sowie des nachbarschaftlichen Zusammenlebens in gemeinschaftlichen Wohnformen hinweist,³⁸ sowie Göschel, der anführt, dass dort bürgerschaftliches Engagement und der Solidargedanke zwischen Generationen besonders gefördert würden.³⁹

³⁶ Vgl. beispielsweise den Leitfaden der Freien und Hansestadt Hamburg, entwickelt von EGL und konsalt (2004)

³⁷ Vgl. Stadtentwicklung Wien (Hg.) (2015)

³⁸ Vgl. Scherzer (2014): 55ff

³⁹ Vgl. Göschel (2011): 8ff

Die „Demenz-Dörfer“, die seit einigen Jahren u.a. in den Niederlanden erprobt werden, sind durchaus ambivalent zu betrachten. Besondere Bekanntheit auch durch zahlreiche Presseberichte erlangte das Dorf „De Hogeweyk“ bei Amsterdam, wo demenziell veränderten Personen eine ihren Lebenserfahrungen angemessene „Schein-Welt“ mit Pseudo-Bushaltestellen usw. errichtet wurde. Während dies einerseits positiv aufgenommen wurde, da viele Menschen sich dort anscheinend wohl fühlen, wird das Konzept auch harsch kritisiert, weil es dem Gedanken der „Inklusion“ widerspricht, wonach Menschen mit Beeinträchtigungen überall so wie sie eben sind akzeptiert werden sollten. Damit verbunden wäre das Ziel, Städte und Gemeinden so zu gestalten, dass sie letztlich möglichst allen Menschen ein so weitgehend wie möglich selbständiges Leben zu führen. Demenz-Dörfer oder ähnliche Konzepte mögen für die oder den einen oder anderen eine interessante Alternative sein – ähnlich wie eine immerwährende Kreuzfahrt – aber sicher nicht für alle. Würde man dieses Konzept gezielt unterstützen und als „Lösung“ für gesellschaftliche Phänomene wie die Alterung bzw. die Zunahme demenzieller Erkrankungen ansehen, käme das meiner Meinung nach einem „Freikaufen“ gleich. Zumal allein aufgrund der großen Zahlen von älteren und ggf. demenziell erkrankten Menschen in Zukunft diese Dörfer kaum den gesamten Bedarf werden decken können.

Dass es diese Dörfer „vermehrt“ in den Niederlanden gibt, ist aus meiner Sicht so nicht zu bestätigen bzw. ist mir keine entsprechende Übersicht bekannt. Möglicherweise hängt dieser Eindruck mit der Popularität des einen Dorfes „Hogeweyk“ in Weesp zusammen. Im Übrigen sind mir bislang keine empirischen Studien bekannt, die das Wohlbefinden der Bewohner/innen innerhalb dieser Einrichtungen (ggf. vergleichend gegenüber anderen Wohnkonzepten) ermittelt hätten. Aufgrund der Tatsache, dass hier häufig demenziell erkrankte Personen untergebracht werden, ist ein entsprechendes Erhebungsdesign vermutlich komplex bzw. nur über Angehörige umzusetzen.

Davon zu unterscheiden sind sog. „Retirement Communities“, wie es sie schon seit mehreren Jahrzehnten u.a. in den USA gibt. Dort sind z.T. ganze Städte oder Stadtteil gezielt für Senior/innen errichtet worden und werden z.T. auch gemeinschaftlich bewirtschaftet („Sun City“). Hier wurden meist gezielt wohlhabender ältere Haushalte angesprochen, um ihnen ein angenehmes (weitgehend selbstbestimmtes) Leben in einer seniorgerechten Umgebung zu ermöglichen (barrierefreie Gestaltung, Nahversorgung, kulturelle Angebote, gezielte Angebote des gemeinschaftlichen Miteinanders).⁴⁰ Entsprechende Konzepte sind in Deutschland wenig verbreitet; vor etwa zehn Jahren gab es einen Ansatz dazu in Meppen (Niedersachsen), der im kleinen Rahmen eine solche Senioren-Wohnanlage anstrebte. Aktuelle Erkenntnisse zum Entwicklungsstand liegen mir jedoch nicht vor.

⁴⁰ Einen Überblick zu Konzepten solcher „Retirement Communities“ liefern Glass und Skinner (2013)

Die digitale Stadt

- 9 Welche Möglichkeiten können digitale Entwicklungen wie Smart City und Smart Home gegen Einsamkeit bieten? Welche Entwicklungen der vergangenen Jahre sehen Sie als am relevantesten?

Hier tun sich Möglichkeiten auf, die auf eine stärkere Vernetzung der Menschen untereinander abzielen. Dabei spielen sowohl etablierte, eigentlich „raumlose“ (social-media-) Plattformen, wie z.B. Facebook, eine Rolle aber auch spezialisierte „verräumlichte“ Angebote, wie z.B. nebenan.de kommen hier vor. Die Forschung über die Leistungsfähigkeit solcher Netze in Bezug auf Nachbarschaften oder vergleichbare Netze steht noch am Anfang; insbesondere auch, ob wie diese Netze helfen können, Einsamkeit zu verhindern oder zu verringern. Einen Überblick hierzu liefert der Band zur „Digitalisierung und Nachbarschaft“ von Heinze, Kurtenbach und Üblacker (2019). Schellisch hat dort z.B. untersucht, inwieweit vernetzte Assistenzsysteme Kommunikation und Gemeinschaft unter älteren Menschen fördern kann und z.B. herausgestellt, dass diese Systeme (jedenfalls im Zusammenspiel) noch nicht immer auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind.⁴¹ Im gleichen Band konnten wir feststellen, dass die Digitalisierung nachbarschaftlicher Beziehungen durch digitale Netzwerke zwar das Potenzial hat, die Kommunikation in der Nachbarschaft und den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern.⁴² Gleichzeitig kann dies auch ausgrenzend wirken, wenn bestimmte Personen nicht zugreifen können oder wollen.⁴³ Insbesondere fiel auf, dass ein großer Teil der digitalen nachbarschaftlichen Kommunikation offenbar über sog. „dark-social“-Kanäle verläuft – also solche Dienste, die im Prinzip das persönliche Kennen vorher voraussetzen (z.B. WhatsApp-Gruppen).⁴⁴

Lernen vom Anderen

- 10 Was kann die private Wohnungswirtschaft leisten, um Einsamkeitsfaktoren im urbanen und ländlichen Raum zu reduzieren? Welche Rolle können Wohnungsbaugenossenschaften und andere Akteure in Zukunft einnehmen?

Die private Wohnungswirtschaft kann viele der in den Fragen 1-9 bereits aufgezeigten Maßnahmen (ebenfalls, verstärkt) umsetzen – ganz ähnlich wie die öffentliche / kommunale Wohnungswirtschaft und auch Wohnungsgenossenschaften auch. Wichtig wäre, dass insgesamt Wert auf die Ausstattung der Wohnanlagen mit gemeinschaftlich nutzbarer Infrastruktur gelegt wird und/oder – ggf. gemeinsam mit Sozialpartnern – Konzepte zur (aufsuchenden) Beratung und Beteiligung erprobt werden.

⁴¹ Schellisch (2019): 207ff

⁴² Vgl. Bölting, Eisele (2019): 111

⁴³ Vgl. Bölting, Eisele (2019): 111 und Kurtenbach (2019): 115-142

⁴⁴ Vgl. Bölting, Eisele (2019): 107

Dies ist letztlich durch alle Eigentübertypen machbar. Eine besondere Rolle können Wohnungsbau-genossenschaften einnehmen, weil sie entweder (im Falle sog. „neuer“ Genossenschaften) noch ein hohes Engagementpotenzial der beteiligten Genossinnen und Genossen mitbringen, das in die Stärkung der Nachbarschaft einfließen kann oder weil sie auf bereits vorhandene gemeinschaftliche Netze (Vertreter/innen, Vertreter/innenversammlung, Beiräte usw.) zurückgreifen können. Allerdings stehen hier erfahrungsgemäß viele traditionelle Genossenschaften vor erheblichen Problemen bei der Bewältigung des Generationenwechsels. Hierbei brauchen sie ggf. Unterstützung.

In Zukunft (jetzt schon!) können Wohnungsunternehmen, soziale Dienstleister oder bürgerschaftliche Akteure die Initiierung und Begleitung von Nachbarschafts-Netzen umsetzen. Sie sind Gatekeeper, die ein Interesse am konkreten Ort (Quartier) und am Wohlbefinden der dort lebenden Menschen mitbringen. Mit dieser Zielsetzung lässt sich auch ein nachbarschaftliches Engagement begründen.

11 Welchen Einfluss haben Nachbarschaftsstrukturen auf das Empfinden von Einsamkeit? Welche Rückschlüsse ergeben sich hieraus für die Stadtplanung? Welche Unterschiede zeichnen sich hier zwischen Stadt und Land ab?

Hierzu liegen mir keine empirischen Erkenntnisse vor.

Sollten solche Strukturen einen positiven Einfluss auf „Einsamkeit“ haben (wovon zunächst auszugehen wäre), täte Stadtplanung gut daran, im Rahmen der Planungsprozesse (z.B. durch Beteiligungsverfahren) aber auch bei den Inhalten der Planung Möglichkeiten der bedarfsunabhängigen und barrierefreien Kommunikation und Kollaboration im Quartier zu schaffen. Dies können öffentliche Räume / Freiflächen sein (i.S. des „third place“ nach Oldenburg)⁴⁵ oder auch Gemeinschaftsräume, die entweder einfach selbst nutzbar sind oder in welcher Form auch immer „bespielt“ werden (vgl. „Anlaufstellen für Ältere im Quartier“, BMFSFJ).

Zu den Unterschieden zwischen Stadt und Land liegen mir keine empirischen Erkenntnisse vor.

12 Was sagt die regionale Verteilung von Einsamkeit über Faktoren in Stadt und Land aus? Was ist „das Beste aus beiden Welten“ und was können beide voneinander lernen?

Hiermit befasst sich u.a. der Beitrag von Buecker et al. (2020)

⁴⁵ Vgl. Oldenburg, R. (1989)

13 Was kann man aus dem (europäischen) Ausland lernen?

Informationen zu einer „einsamkeitsvermeidenden Stadtplanung“ aus dem europäischen Ausland liegen mir nicht vor. Das Vereinigte Königreich hat Ende 2018 unter dem Titel „A connected society“ eine „strategy for tackling loneliness“ vorgelegt,⁴⁶ wo u.a. auch auf verschiedene soziale Infrastrukturen sowie diverse Akteure (z.B. Housing-Companies, aber auch der NHS) Bezug genommen wird. Neben einer Einheitlichkeit des Einsamkeits-Messverfahrens und diverser Ansätze für öffentlichkeitswirksame Kampagnen ist der Outcome allerdings bislang noch überschaubar – ggf. auch wegen der Corona-Krise und des schwelenden „Brexit“, die aktuell viele Diskussionen in UK überlagern (aktuell ist z.B. die dritte Ministerin für „Loneliness“ innerhalb von nur zwei Jahren in charge...).

Infrastruktur

14 Wie wichtig ist die Infrastruktur und Verkehrsplanung, insbesondere der ÖPNV, bei der Bewertung, ob eine Stadt bzw. ein Ort lebenswert ist? Welche Rolle spielt dies im Kontext der Einsamkeit?

Infrastrukturen unterschiedlicher Art haben eine hohe Bedeutung für die Wohnortwahl allgemein sowie auf die Wohnzufriedenheit innerhalb des Quartiers im Speziellen. Im Auftrag des MHKBG.NRW hat InWIS 2019 ein Gutachten erarbeitet, in dem die Bedeutung bestimmter Faktoren für die Wohnortwahl in Düsseldorf und im Düsseldorfer Umland sowie in Paderborn und Umgebung ermittelt hat. Hier zeigt sich z.B., dass in beiden Fällen Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf besonders wichtige Faktoren für den Zuzug bzw. das Verbleiben am jeweiligen Wohnort sind. Doch auf den folgenden Plätzen zeigen sich die Unterschiede zwischen der Großstadt Düsseldorf und dem deutlich kleineren Paderborn nebst Umland. In Paderborn z.B. wurden etwa die landschaftliche Qualität und die PKW-Anbindung als besonders wichtig erachtet, während diese Merkmale in Düsseldorf weniger wichtig waren. Entsprechend hat z.B. das Potenzial an Lifestyle-Angeboten in Düsseldorf höhere Relevanz erreicht als in Paderborn.⁴⁷ Auch die Chancen des ÖPNV im Kontext einer zunehmenden Urbanisierung wurden angesichts der hohen Bedeutung, die v.a. „bewusste“ Stadtbewohner diesem Merkmal beimessen, bereits umfassend untersucht.⁴⁸ Scheiner et al. (2013) haben festgehalten, dass insbesondere ältere Menschen mit einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit an einen zentralen Standort ziehen werden, als jüngere und stellen zudem fest, dass die Zufriedenheit mit dem

⁴⁶ Department for Digital, Culture, Media and Sport (2018)

⁴⁷ Vgl. Bölting et al. (2019): 74ff

⁴⁸ Vgl. BMVBS (2012): 107ff

Wohnort insgesamt wichtiger für die Wahl des Wohnstandortes ist, als die Zufriedenheit mit dem direkten Wohnumfeld.⁴⁹ Die bereits genannte Analyse im Auftrag des MHKBG stellte dennoch heraus, dass auch die Qualität des Wohnumfeldes von Bedeutung für die Wohnzufriedenheit ist. Dabei ist die Reihenfolge der wichtigsten Faktoren in den untersuchten Regionen Düsseldorf und Paderborn gleich. Nach den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs an erster Stelle folgen die Sicherheit im Wohnumfeld, das nachbarschaftliche Wohnumfeld, die Sauberkeit im Wohnumfeld und die ÖPNV-Anbindung des konkreten Wohnstandortes. Dann folgt die Qualität der Hausgemeinschaft. Schließlich spielen – dann in geringfügig anderer Reihenfolge – Infrastrukturen (Ärzte, Apotheken), Grünflächen und geringe Lärmbelastungen eine wichtige Rolle.⁵⁰

Ob und wenn in welchem Umfang diese Infrastrukturen bzw. weitere Einrichtungen in Bezug auf „Einsamkeit“ eine Rolle spielen, ist hier nicht untersucht worden.

Anderes

15 Auf welchem Wege sollten welche weiteren Akteure (stärker) in Stadtentwicklungsdiskussionen und -prozesse integriert werden, um das Thema Einsamkeit zu adressieren?

Das Feld „Einsamkeit“ wird bislang – wenn überhaupt – eher aus der gesundheitlichen Perspektive und/oder aus der Perspektive der sozialen Arbeit bzw. des Fürsorgebedarfs betrachtet. Angesichts der schweren psychischen und allgemein gesundheitlichen Folgen, die von Einsamkeit ausgehen können, ist dies zunächst verständlich. Offenkundig gibt es jedoch Einflussfaktoren aus dem Bereich der Stadt- und Quartiersentwicklung sowie im Kontext des Wohnungswesens, die hier eine Rolle spielen können. Soll es gelingen, Zielsetzungen im Kontext der Bekämpfung von Einsamkeit in städtebauliche Konzepte oder Stadtentwicklungskonzepte, in wohnungspolitische Handlungskonzepte usw. zu integrieren, ist hierfür einerseits eine „Schärfung“ des entsprechenden Analyserasters notwendig, z.B. durch die konkrete Hinzuziehung von empirischen Erkenntnissen zur (klein-) räumlichen Verteilung von Einsamkeitsbelastungen zusätzlich zu gängigen Analysedimensionen, die v.a. auf den sozialen Status abzielen. Das setzt voraus, dass entsprechende Informationen vorliegen und für die planenden Akteure erreichbar sind. Andererseits empfiehlt sich eine konsequentere Einbindung der Akteure aus diesem Feld (z.B. der Sozialwirtschaft) in die Planung und Durchführung von Quartiersentwicklung. Zu häufig agieren die Verantwortlichen hier noch stark in den eigenen „Säulen“ des Planens und Den-

⁴⁹ Vgl. Scheiner et al. (2013): 16f

⁵⁰ Vgl. Bölting et al. (2019): 76, 89. Insgesamt wurden 23 Merkmale zzgl. der Kategorie „Sonstiges“ abgefragt.

kens. Wohnungsmarktkonzepte und v.a. Stadtentwicklungskonzepte liegen meist in der Verantwortung von „Planen und Bauen“, wo z.B. die Sozialwirtschaft selten Prozesse und Projekte initiiert bzw. ihr diese Rolle nicht zugetraut wird. Gleichzeitig obliegt die Analyse und Bekämpfung sozialer Herausforderungen meist dem entsprechenden Fachbereich in Kommunen und auch auf Landesebene. Auf Dauer ist diese Ressortierung wenig sinnvoll. Sozialwirtschaftliche Akteure könnten ebenso Initiatoren von städtebaulichen Projekten sein, wie es wohnbauliche Akteure sind, z.B. Die Reformen der vergangenen Jahre sowie die sukzessive Ausweitung ambulanter Wohnformen für ältere Menschen oder Menschen mit Beeinträchtigungen etc. hat dazu geführt, dass sich jedenfalls einige Akteure aus dem sozialen Sektor auf den Weg in die Quartiers- und Stadtentwicklung gemacht haben. Andererseits ist das noch nicht immer in dem Maße zu beobachten, wie es wünschenswert wäre.

Literatur

Allianz Vielfältige Demokratie / Bertelsmann-Stiftung (2017): Wegweiser breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele

Battis, U.; Krautzberger, M.; Löhr, R.-P. (2019): Baugesetzbuch. Kommentar. 14. Aufl. München: Beck.

BMVBS (Hrsg.) (2012): Chancen des ÖPNV in Zeiten einer Renaissance der Städte. BMVBS-Online-Publikation Nr. 1/2012. Erarbeitet von Vallée, D.; Witte, A.; Bruns, A.; Beran, F.; Benden, J.; Wilbert, F.; Manz, W.; Hunecke, M.; Günthner, S. Bonn

BBSR Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2018): Online-Partizipation in der Stadtentwicklung. IZR Informationen zur Raumentwicklung Nr. 6/2017

Bölting, T.; Constant, J.; Hartmuth, N.; Krüger, C.; Schewerda, A.; Scipio, K. (2014): Zuhause im Quartier. Quartiersentwicklung durch wohnungswirtschaftliche Investitionen. Herausgegeben vom MBWSV.NRW, Bochum/Düsseldorf

Bölting, T.; Drawing, E.; Schewerda, A.; Valerius, L.; Ritter, N. (2016): Tiefenanalyse ausgewählter nicht-baulicher Umsetzungsprojekte. Aus dem Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“. Berlin

Bölting, T.; Eisele, B. (2019): Wohnzufriedenheit im Quartier und die digitale Nachbarschaft. In: Heinze, R. G.; Kurtenbach, S.; Üblacker, J. (Hrsg.): Digitalisierung und Nachbarschaft – Erosion des Zusammenlebens oder neue Vergemeinschaftung? Baden-Baden: Nomos, S. 93-113

Bölting, T.; Eisele, B. (2020): Lebensstile, Zielgruppen, Mietertypen – Wer wohnt wie? In: Bocksteen, M. (Hrsg.): Praxishandbuch Wohnungsbewirtschaftung. Hamburg: Haufe. Im Erscheinen.

Buecker, S.; Ebert, T.; Götz, F. M.; Entringer, T. M.; Luhmann, M. (2020): In a Lonely Place: Investigating Regional Differences in Loneliness. In: Social Psychological and Personality Science.

Department for Digital, Culture, Media and Sport of Her Majesties Government of the United Kingdom (2018): A connected society. A strategy for tackling loneliness – laying the foundations for change. London

EGL Entwicklung und Gestaltung; konsalt Gesellschaft für Stadt- und Regionalanalysen und Projektentwicklung mbH (2004): Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in hamburg – Ein Handlungsrahmen für die Planungspraxis.

Engstler, H.; Menning, S.; Hoffmann, E.; Tesch-Römer, C. (2004): Die Zeitverwendung älterer Menschen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Reihe Forum der Bundesstatistik Bd. 43, Wiesbaden

Färber, M.; Ritter, N.; Bauer, U.; Beer, I. (2016): Tiefenanalyse ausgewählter baulich-investiver Projekte. Aus dem Modellprogramm Anlaufstellen für ältere Menschen. Berlin

Farwick, A.; Amonn, J.; Groos, Th.; Messer, A.; Larsen, I.; Teicke, M.; Winkels, C. (2015): Sozialraumanalyse Emscherregion. ZEFIR-Forschungsbericht Bd. 1. Bochum

Farwick, A.; Hanhörster, H.; Knorn, T.; Ramos Lobato, I.; Staubach, R.; Striemer, W.; Zilske, D. (2019): Soziale Integration im Quartier. Förderung von Netzwerken und Begegnungen in benachteiligten Sozialräumen. In: Herrmann, H.; Üblacker, J. (Hrsg.): FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung 11. Düsseldorf

- Friedrichs, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen: Leske+Budrich
- Friedrichs, J. (1998): Gentrification. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 57– 66.
- Glass, A; Skinner, J. (2013): Retirement communities: We know What They Are... or Do We? In: Journal of Housing For the Elderly, vol. 27 no. 4, S. 61 – 88
- Göschel, A. (2011). Gemeinschaftlich Wohnen – Leistungen, Formen, Bedingungen. In: Dokumentation zum Bundeskongress vom 5. Dezember 2011 – Gemeinschaftlich Wohnen in Stadt und Quartier. Potsdam
- Häußermann H. (2008): Wohnen und Quartier: Ursachen sozialräumlicher Segregation. In: Huster, E.-U., Boeckh J., Mogge-Grotjahn H. (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häußermann, H.; Schwarze, K.; Jaedicke, W.; Bär, Gesine; Bugenhagen, I. (2010): Möglichkeiten der Verbesserten Sozialen Inklusion in der Wohnumgebung. Schlussbericht im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Berlin: IfS
- Klöti, T.; Drilling, M. (2014): Warum eigentlich Partizipation? Sozialwissenschaftliche Analyse aktueller Partizipationsverständnisse in der Planung, Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume. Forschungsbericht zum ZORA-Projekt „Mitwirkung in der Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume“. Fachhochschule Nordwestschweiz, S. 19f
- Kronauer, M. (2010): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. 2. aktual. u. erw. Aufl., Frankfurt/New York: Campus
- Kuder, Thomas (2016). Auswertung der sinus / vhw-Trendstudie 2015 zum Thema Bürgerbeteiligung im Rahmen der Allianz Vielfältige Demokratie. Berlin
- MBWSV.NRW (Hrsg.) (2012): Gruppenwohnungen für Seniorinnen und Senioren – mehr als eine Wohnung. Ein Handbuch für Investoren. Erarbeitet von koelninstitut iPEK – Diemer, S.; Simbriger, A.; Willen, L. Köln/Düsseldorf
- Olbermann, E.; Bertermann, B. (2011): Arbeitspapier Partizipation im Alter der FFG Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. und des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund
- Oldenburg, R. (1989): Great Good Place. Cafes, Coffe Shops, Community Centers, General Stores, Bars, Hangouts and How They Get You through the Day. New York: Paragon House / Da Capo Press books
- Quilling, Eike; Köckler, Heike (2018): Partizipation für eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklung. In: Baumgart, Sabine; Köckler, Heike; Ritzinger, Anne; Rüdiger, Andrea (Hrsg.): Planung für gesundheitsfördernde Städte. Forschungsberichte der ARL 08. Hannover. S. 101-117
- Saup, W. (1993): Alter und Umwelt. Eine Einführung in die Ökologische Gerontologie. Stuttgart: Kohlhammer
- Scheiner, J.; Bauer, U.; Wohltmann, H. (2013): Einflussfaktoren der Wohnsandortwahl: Der ländliche Raum im Fokus. Potenziale für peripher-zentrale Wanderungen. Arbeitspapiere des Fachgebiet Verkehrswesen und Verkehrsplanung an der Technischen Universität Dortmund Nr. 28, Dortmund
- Schelisch, L. (2019): Technische Unterstützung von Kommunikation und Gemeinschaft durch vernetzte Assistenzsysteme für ältere Menschen: Empirische Befunde. In: Heinze, R. G.; Kurtenbach, S.; Üblacker, J. (Hrsg.): Digitalisierung und Nachbarschaft – Erosion des Zusammenlebens oder neue Vergemeinschaftung? Baden-Baden: Nomos, S. 207-228
- Scherzer, U. (2014): Mehr Generationendialog in Gemeinschaftswohnprojekten. Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialforschung, Familie, Frauen und Senioren des Landes Baden-Württemberg. Stuttgart
- Selle, K. (2018): Wie Bürger und Bürgerinnen an der Entwicklung der Städte mitwirken. Bpd – Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216885/buerger-und-stadtentwicklung> (01.12.2020)
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin / L.I.S.T. Stadtentwicklung (2011): Handbuch zur Partizipation. Berlin.
- Spiegel, E. (2001): Soziale Stabilisierung durch soziale Mischung. In: FW vhw Forum Wohneigentum 2/2001. Berlin: vhw. S. 75-80
- Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung. Wien: STEP 2025 Fachkonzept Öffentlicher Raum. Werkstattbericht 175: Wien
- Weiß, Ch.; Stubbe, J.; Naujoks, C.; Weide, S. (2017): Digitalisierung für mehr Optionen und Teilhabe im Alter.
- Witthaus, K.; Schneiders, K.; Böling, T. (2008): Gemeinsam statt einsam. Gemeinschaftliche Wohnprojekte für Ältere. Best-Practice-Projekte aus Deutschland und dem europäischen Ausland. Herausgegeben vom Kuratorium Qualitätssiegel Betreutes Wohnen e.V. mit Mitteln des MAGS.NRW. Bochum/Düsseldorf
- Zöpel, C. (2011): 40 Jahre Städtebauförderungsgesetz – ein Grund zum Feiern? In: MWEBWV.NRW – Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Bericht zur Stadtentwicklung 2011: 40 Jahre Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen. Erfahrungen und Perspektiven. Düsseldorf